

• Konferenz Bericht

Bonn Symposium 2018

sef:

Lokale Entwicklung neu denken. Wie gelingt der Wandel hin zu Nachhaltigkeit?

Michèle Roth

Die „Transformation unserer Welt“ hin zu einer nachhaltigen Entwicklung, zu der sich die UN-Mitgliedstaaten mit der Agenda 2030 verpflichtet haben, erfordert mehr als einzelne Projekte. Sie bedarf eines grundlegenden gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Umdenkens. Welchen Beitrag können Städte und Kommunen dazu beitragen, was müssen Wirtschaft und Wissenschaft beisteuern? Wie können die übergeordneten politischen Ebenen gewonnen werden? Darüber tauschten sich Praktiker/-innen der lokalen Ebene aus verschiedenen Weltregionen mit Vertreter/-innen zivilgesellschaftlicher Organisationen, von Verbänden und der Wissenschaft beim Bonn Symposium am 28./29. November 2018 aus. Eingeladen hatten die Stiftung Entwicklung

und Frieden (sef:) gemeinsam mit der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)/Engagement Global, dem Land Nordrhein-Westfalen und weiteren Unterstützern.

Wandel von oben oder von unten?

Dass wir mit dem bisher Erreichten in punkto nachhaltiger Entwicklung nicht zufrieden sein können, unterstrich Renate Hendricks, Vorstandsvorsitzende der sef:, in ihrer Begrüßung. Gerade der Blick auf die „große Politik“ lasse zurzeit eher Rückschläge befürchten, wenn etwa der US-amerikanische Präsident den Klimawandel kleinrede. Viele Kommunen haben sich dahingegen in den letzten Jahren auf den Weg gemacht, betonte Dr. Jens Kreuter, Geschäftsführer von Engagement Global, zum Auftakt der Veranstaltung. Die Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) erfordere jedoch neue Entscheidungsstrukturen auf lokaler Ebene. Synergien müssten geschaffen und Effekte dadurch vergrößert werden, dass lokale Anstrengungen auf übergeordnete Ebenen transferiert werden.

Mit einer klaren Position eröffnete Namhla Mniki-Mangaliso, Direktorin von African Monitor, Kapstadt, und Mitglied im Peer-Review-Team der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, das Bonn Symposium: „Von den Menschen geleitete Ansätze sind der einzige Weg, um die neue Vision umzusetzen.“ Nur sie seien nachhaltig, besonders in einer



Bonn Symposium 2018: Namhla Mniki-Mangaliso

Welt im Umbruch. Um dem Motto der Agenda 2030, niemanden zurückzulassen, gerecht zu werden, sei es erforderlich, die Menschen zu beteiligen, die in der Vergangenheit oft nicht gehört worden sind.



Bonn Symposium 2018: Apl. Prof. Dr. Ulli Vilsmaier

Regierungen versagen bei der Problemlösung

Der Wandel hin zu Nachhaltigkeit erfordere vor allem individuelle Anstrengungen und einen kulturellen Wandel. Regierungen könnten diesen Wandel nicht anstoßen, da ihnen das Vertrauen der Menschen immer mehr fehle. Mniki-Mangaliso prophezeite, dass „Regierungen sehr bald irrelevant werden“, weil sie mit den Veränderungen in der Welt nicht Schritt halten können. Dabei müssten Regierungen eigentlich eine wichtige Funktion bei der Umverteilung innerhalb von Gesellschaften und der Setzung politischer Rahmenbedingungen einnehmen.

Für eine effektive Problemlösung empfahl sie, den Blick auf die lokale Ebene zu richten. Gerade arme Gemeinschaften müssten agil und innovativ sein, um zu überleben. Das führe zu erstaunlicher Weisheit. Es gehe deshalb darum herauszufinden, was in lokalen Gesellschaften funktioniert und dieses in größerem Maßstab umzusetzen.

Potenziale in der Gesellschaft erkennen und fördern

Wie kommen wir zu Lösungen, die von den Menschen ausgehen? Mniki-Mangalisos Antwort darauf lautete, dass wir von der Armut-Brille wegkommen und auf die Fähigkeiten der Menschen fokussieren müssen. Armut zu beseitigen sei nichts, was die Mächtigen für die Armen tun sollten – das sei ein paternalistischer Ansatz. Statt Lösungen zu präsentieren, gehe es darum, einen Dialog zu beginnen und die Lösungen zu verstehen, die von den Menschen vorgeschlagen werden. Menschen rund um den

Globus würden alternative Systeme der Wertschöpfung und neue Märkte schaffen, z. B. durch Online-Plattformen für neue Formen des Lernens. Die jedem einzelnen Menschen innewohnenden Fähigkeiten müssten (an-)erkannt werden.

Auf ihre skeptische Haltung gegenüber Regierungen angesprochen, erwiderte Mniki-Mangaliso, dass der vorherrschende Typ von Regierungen nicht das Vertrauen der Menschen genieße und daher nicht geeignet sei, um die SDGs zu erreichen. Die Zeit der Regierungen, die von großen Unternehmen oder ausgewählten Eliten kontrolliert würden, sei vorbei. Stattdessen bedürfe es transparenter und auf die Menschen fokussierter Regierungen, auf der Basis eines Wertesystems. Ein Wandel könne viel schneller erreicht werden, wenn er von oben angestoßen werde, hielt ein deutscher Bürgermeister dagegen. Auch das SDG 16 sehe starke Institutionen als wichtige Voraussetzung für die Umsetzung der SDGs. Er empfehle deshalb jungen motivierten Menschen, in die Politik zu gehen und Gesetze für den Wandel zu erwirken. Mniki-Mangaliso blieb jedoch skeptisch. „Wenn du etwas schnell tun willst, mach es alleine, wenn du weit kommen willst, mache es mit den Menschen gemeinsam“, lautete ihr Credo. Eine Top-Down-Politik, die nicht in der Bevölkerung verwurzelt sei, werde nicht funktionieren; politisches Engagement sei aber wichtig.

Ergebnisse der Arbeitsgruppe A

„Transformative Forschung für lokale nachhaltige Entwicklung nutzen“

- Die Wissenschaft sieht sich bislang selten als Dienstleister der Gesellschaft – der Paradigmenwechsel von der theoriegeleiteten reinen Analyse zur Problemorientierung ist groß.
- Forschungsergebnisse aus dem konkreten Leben zu generieren, ist das Ziel transformativer Forschung. Dies wirft jedoch auch viele Fragen auf, z.B. wie mit Interessen umgegangen werden kann.
- Lernforschungsformate sollte in die Curricula der Hochschulen integriert werden, um die Fähigkeit zum kooperativen Forschen frühzeitig anzulegen. Aus der Sicht politischer Praktiker/-innen wäre wissenschaftliche Expertise zur Begleitung von Transformationsprozessen vor Ort dringend erforderlich; die Gesellschaft hat Fragen, die Wissenschaft hätte die Methodik, wie diese Fragen beantwortet werden können.
- Berührungspunkte zwischen Wissenschaft und Praxis müssen überdacht und überwunden werden. Dazu muss Forschung verständlicher kommuniziert werden.
- Forschung sollte als Menschenrecht in die Menschenrechtscharta aufgenommen werden; Forschung ist nicht elitär, alle sind zur Forschung befähigt.

Von der Wissensproduktion zur gestaltenden Forschung

Das Wissen jedes Einzelnen ist auch in der Forschung lange unterschätzt worden. Prof. Dr. Ulli Vilsmaier von der Leuphana Universität Lüneburg forderte neue Allianzen für eine forschende Gemeinschaft, die der Fragmentierung in der Wissensproduktion und in den Gesellschaften entgegenwirkt. Welches Wissen wird als legitim erachtet? Welche Stimme wird gehört? Das seien zentrale politische und emanzipatorische Fragen, so Vilsmaier. Zwar sei Spezialisierung notwendig, sie führe in manchen Bereichen aber auch zu Orientierungslosigkeit. Wie die Politik müsse sich auch die Forschung für andere Erfahrungskontexte öffnen, um Komplexitäten begreifen zu können. Jeder Mensch könne seinen Erfahrungsschatz einbringen.



Bonn Symposium 2018 (v.l.n.r.): Dr. Simon Bujanowski, Claire Gillette, Nick Ngatia und Dr. Merjam Wakili (Moderation)

Die klassische Wissenschaft trenne zwischen Wissensproduktion und Umsetzung. Im Gegensatz dazu habe die transformative Forschung den Anspruch, selbst gestaltend zu sein und andere Formen des Wissens und Erkennens zu integrieren. Wissensproduktion und gesellschaftliche Gestaltung sollten deshalb näher zusammenrücken. Dieser Grundgedanke sei bereits in der Agenda 21 angelegt gewesen. Er erfordere neue Wege der Forschung, sei aber auch für die einzelnen Mitglieder der Gesellschaft und für Institutionen eine Herausforderung. Eine Stadtverwaltung als forschende Einrichtung zu betrachten, wecke Befürchtungen einer zusätzlichen Belastung. Sich selbst nicht nur als verwaltende oder pflegende Person zu begreifen, sondern als verwaltend-forschende oder pflegend-forschende habe aber eine emanzipatorische Wirkung. Der Weg zur transformativen Forschung sei weit, aber gerade auf lokaler Ebene könne er experimentell angegangen werden. Die SDGs böten hierfür einen geeigneten Rahmen.

Verschlossene Türen oder mangelndes Interesse?

Junge Menschen müssten ein besonders großes Interesse haben, aktiv zu einer nachhaltigen Entwicklung beizutragen. Ihr Engagement ist denn auch vielfältig, oft innovativ und kreativ. Eine erste Studie zum Engagement von Jugendorganisationen in Europa hat ergeben, dass alle untersuchten Organisationen in irgendeiner Art und Weise zu den SDGs beitragen, ohne sich dessen zwingend bewusst zu sein. Im Vordergrund stehen dabei konkrete Projekte und Maßnahmen zur Bewusstseins-schaffung, erläuterte Claire Gillette, unabhängige Wissenschaftlerin, die die Studie für das European Youth Forum durchgeführt hat. Junge Entscheider/-innen müssten nicht gesucht werden, sie seien bereits da. Als Beispiel nannte sie das von Studierenden initiierte Projekt CoopColoc, das zum Ziel hat, leerstehende Wohnungen preisgünstig an Studierende zu vermieten.

In etablierten politischen Gremien und Prozessen finden sich jedoch kaum jüngere Menschen. Dies gilt selbst bei Themen, die den Alltag vieler Jugendlicher betreffen, wie etwa dem Fahrradverkehr, den Dr. Simon Bujanowski, Fraktionsvorsitzender der SPD in der Bezirksvertretung Köln-Porz, als Beispiel nannte. Einen wichtigen Grund dafür machte er im gesellschaftlichen Wandel aus, der einher gehe mit der Erwartung, dass alles schnell verfügbar und kommunizierbar sei. Das gelte aber nicht für politische Prozesse – aus gutem Grund, denn sie sollten inklusiv gestaltet und gründlich vorbereitet sein. Claire Gillette sah die Ursache eher darin, dass jungen Menschen der Zugang zu politischen Ämtern verwehrt werde. Sie suchten sich deshalb andere Formen des Engagements.

Neue Ansätze der Politikgestaltung notwendig

Um mehr junge Menschen in die Politik zu bringen, müssten sich beide Seiten bewegen, so Bujanowski. Die politischen Gremien müssten sich umorientieren und stärker auf junge Leute zugehen. Als Beispiel nannte er die Planungen für eine Jugendbezirksversammlung, die mit Entscheidungsbefugnissen ausgestattet werden soll. Ein anderer Weg sei eine verstärkte Zusammenarbeit mit Schulen, die genutzt werden könnte, um zu informieren oder auch um Bürgeranträge vorzubereiten. Und natürlich müssten auch die jungen Menschen verstärkt Bereitschaft zeigen, sich in formalen politischen Prozessen für ihre Belange einzusetzen.

Genau darauf zielt die Arbeit von Nick Ngatia. Um jungen Menschen bei der Umsetzung der New Urban Agenda in Kenia eine formale Mitwirkung zu ermöglichen, gründete er die Jugendplattform Nairobi Urban Creators. Sie ist im nationalen Umsetzungs-

komitee für die New Urban Agenda vertreten. Dort erarbeitete sie federführend eine anschaulich gestaltete Ausgabe der New Urban Agenda für die breitere Öffentlichkeit. Im nächsten Schritt arbeitet Nairobi Urban Creators an Plänen zur konkreten Umsetzung der Agenda. Durch die Mitwirkung im nationalen Umsetzungs-Komitee ist es der Plattform gelungen, eine eigene Budgetlinie für Aktivitäten von Jugendorganisationen durchzusetzen.

In der Diskussion wurde die Frage aufgeworfen, ob die bestehenden demokratischen Systeme nicht grundsätzlich reformiert werden müssten. Denn nicht nur die Jugend schaffe sich parallele Räume, weil sie in den etablierten Institutionen keinen Platz sehe, die Parlamente seien insgesamt nicht repräsentativ. Bujanowski äußerte sich skeptisch im Hinblick auf parallele Räume. Das führe nicht dazu, dass sich die Besetzung formaler Gremien ändere. Er forderte von den Parteien, sich stärker zu öffnen, und rief zugleich dazu auf, innerhalb von Parteien Allianzen zu suchen, um Ideen voranzubringen.

Ergebnisse der Arbeitsgruppe B

„Junge Menschen und Innovationen für nachhaltige Entwicklung“

- Junge Menschen müssen schon in den Schulen erreicht werden, z.B. mit Unterstützung von Jugendorganisationen, die passende Materialien haben.
- Über eine Jugendquote in Institutionen sollte nachgedacht werden.
- Junge Menschen möchten kreativ, wirksam und zeitlich befristet wirken; dafür bedarf es passender Strukturen.
- Etablierte Institutionen sollten nicht nur junge Menschen einladen, sondern auch dahin gehen, wo die Jugend sich trifft.

Bringt die Wirtschaft den Wandel?

Auch die Wirtschaft gehört zu den Akteuren, die für eine erfolgreiche Transformation zu nachhaltiger Entwicklung entscheidend sind. Eine Vorreiterrolle könnten kommunale Unternehmen einnehmen, die schon von ihrer Anlage her dem öffentlichen Gemeinwohl dienen sollten. Wie Miriam Danne vom Verband Kommunaler Unternehmen berichtete, sind kommunale Unternehmen bereits vielfältig aktiv, z.B. im Bereich der E-Mobilität oder der Abfallvermeidung. Allerdings müssten auch sie unternehmerisch denken und handeln.

Colisile Tfwala, die im Stadtrat von Mbabane für lokale Wirtschaftsentwicklung zuständig ist, sah einen Schlüssel in Partnerschaften zwischen der Wirtschaft und kommunalen Akteuren. Als Beispiel nannte sie ein von der EU-gefördertes Projekt zur Minimierung

von Abfall. Ziel sei es, Abfall zu nutzen, um Einkommen zu generieren. Eine Erkenntnis aus diesem Prozess sei, dass ein staatlich gesetzter Rahmen für eine erfolgreiche Umsetzung unabdingbar ist – in diesem Fall eine Verordnung zur Abfalltrennung. Politik, Verwaltung und die Wirtschaft müssten gemeinsam an förderlichen Rahmenbedingungen für nachhaltiges Wirtschaften arbeiten. Ebenso wichtig sei es, den Dialog mit der Bevölkerung zu pflegen.

Die Stadt Mbabane arbeite gerade daran, die SDGs in ihren Entwicklungsplan einzuarbeiten. Künftig sollten alle Aktivitäten der Stadt die SDGs fördern. Bislang informiere die Stadt allerdings noch nicht über die Nachhaltigkeitsziele – künftig müsse der Wirtschaft gegenüber kommuniziert werden, was deren Rolle bei der Umsetzung der SDGs sei. Zugleich sei es wichtig, den Unternehmen die Vorteile nachhaltigen Wirtschaftens (Kostenreduzierung, besserer Ruf etc.) aufzuzeigen und die Konsumenten zu bilden, so dass sie nachhaltiges Wirtschaften auch einfordern.

Ergebnisse der Arbeitsgruppe C

„Regional nachhaltiges Wirtschaften“

- Adressatengerechte Übersetzung, was mit nachhaltigem Wirtschaften gemeint ist, ist erforderlich.
- Es bedarf der Analyse, wo noch nicht nachhaltig gewirtschaftet wird.
- Nachhaltigkeit sollte als Dienstleistung verstanden werden.
- Eine größere Öffentlichkeit für positive Beispiele ist besser als ein erhobener Zeigefinger.
- Ausschreibungen für Public-Private-Partnerships sollten transparent gestaltet werden.
- (Gründer)stammtische von IHKs, AHKs etc. sollten genutzt werden, um für Nachhaltigkeit Werbung zu machen.
- Kommunen müssen Anreize schaffen, um nachhaltiges Wirtschaften zu belohnen.

Ehrenamtliches Engagement als Pfeiler lokaler Nachhaltigkeit

Die Stadt Eltville am Rhein ist als eine der nachhaltigsten Städte Deutschlands ausgezeichnet worden. Was ist ihr Erfolgsrezept? Um Nachhaltigkeit sollte kein großes Aufheben gemacht werden, sie sollte eine Selbstverständlichkeit sein, erläuterte Elttilles Bürgermeister Patrick Kunkel. Den meisten Menschen in Eltville gehe es gut, aber eben nicht allen. So könnten sich manche der Alteinwohner die Grundstückspreise nicht mehr leisten. Aufgabe der Stadt sei es, darauf zu achten, dass die Gesellschaft nicht auseinanderfalle und das Gleichgewicht in der Bürgerschaft sowie

das Engagement der Bevölkerung für ihre Gemeinde erhalten blieben. Die Solidarität in der Stadtgesellschaft werde in Eltville u.a. befördert durch eine



Bonn Symposium 2018 (vl.n.r.): Patrick Leusch (Moderation), Colisile Tfwala und Miriam Danne

städtische Ehrenamtsbörse. Auf einem Bildschirm zur Fußgängerzone würden Angebote für ehrenamtliche Tätigkeiten bekannt gemacht.

Auch sein Kollege aus Klixbüll in Schleswig-Holstein, Bürgermeister Werner Schweizer, sah im Engagement der Bürger/-innen einen wesentlichen Schlüssel zum Erfolg. Begegnungen vor Ort seien ein wichtiger Initiator für Engagement. Klixbüll habe deshalb extra einen Haushaltstitel für Begegnung eingeführt. Denn je weniger Engagement es gebe, desto mehr Funktionsverluste folgten daraus und desto größer würden die Glaubwürdigkeitsverluste in den Staat, die schließlich zu Staatsverdrossenheit führten.

Bürokratie und Finanzierung als Hindernisse

Erschwert werde das kommunale Engagement für Nachhaltigkeit durch eine fehlende Unterstützung übergeordneter Ebenen, bedauerte Bürgermeister Kunkel. Den Kommunen fehle es an Geld – für erfolgreiches Sparen würden sie bestraft statt belohnt, da dann der Zuweisungsschlüssel gekürzt werde. Zwar gebe es viele Förderprogramme. Die Förderlandschaft sei aber sehr unübersichtlich und umständlich. Viele Förderprogramme würden deshalb kaum genutzt. Die Verfahren müssten stark vereinfacht und entbürokratisiert werden. Darüber hinaus mangle es an der Vernetzung der Bürgermeister und Kommunen untereinander. Es wäre sinnvoll, viel mehr voneinander zu lernen. Wünschenswert wäre eine Art „Handwerkskoffer“ mit praktischen Anleitungen und Beispielen für Kommunen zur Umsetzung der Agenda 2030. Dem stimmte Bürgermeister Schweizer zu. Er schlug die Entwicklung eines Gemeinwohl-Audits vor, das die 169 Unterziele der SDGs berücksichtigt.

Für Ghana berichtete Nana Ato Arthur, Leiter des Dienstes für lokale Verwaltungen, dass die Unterstützung für die Umsetzung der SDGs auf lokaler Ebene durch die nationale Ebene sehr gut sei. Die Kommunen würden dabei gefördert, lokale Problemlösungsansätze in die SDG-Struktur zu übersetzen. Wichtig sei es, dass die Kommunen gemeinsam mit ihren Bürgern lokale Entwicklungspläne erarbeiteten. Allerdings seien partizipative Ansätze nicht sonderlich erfolgreich. Es fehle eine Kultur des ehrenamtlichen Engagements; alle wollten bezahlt werden. Nur auf der untersten lokalen Ebene funktioniere die Mitwirkung der Menschen, wenn jeder jeden kenne und fehlendes Engagement sozial geahndet werde.

„Lieber Strom vom Deich, als Öl vom Scheich“

Um sich unabhängig von der Größe der Gemeinde auf den übergeordneten Ebenen Gehör zu verschaffen, riet Schweizer den Kommunen, sich mit Projekten und Ideen von der Masse abzuheben. In jeder Bevölkerungsgruppe gebe es fünf Prozent, die sich für neue Ideen interessierten. Diese fünf Prozent setzten die Trends. Klixbüll sei eine strukturschwache Gemeinde, die den Übergang vom Bundeswehrstandort zu etwas Neuem hinbekommen müsse. Dabei dienten die SDGs als Leitbild. Als Brücke des Übergangs bis zum Auslaufen der Einspeisevergütung nutze die Gemeinde die erneuerbaren Energien. Nach dem Motto „Lieber Strom vom Deich, als Öl vom Scheich“ betreibe die Gemeinde den genossenschaftlichen Ausbau von Windenergie. Bekanntheit und deutsch-



Bonn Symposium 2018: Thorsten Krüger

landweite Aufmerksamkeit erlangte Klixbüll zudem durch das erste von einer Kommune betriebene E-Carsharing-Modell, das Doerpsmobil. Als Bürger-

meister einer Gemeinde mit nur 1.000 Einwohner sei er inzwischen regelmäßig im Umweltministerium zu Gast, berichtete Schweizer. Als weitere Plattformen, um seine Ideen in die Breite zu tragen, nutze er auch den Städte- und Gemeindebund sowie die Akademien für den ländlichen Raum.

Ergebnisse der Arbeitsgruppe D

„Die Wirkung der lokalen auf die regionale und nationale Ebene stärken“

- Auf lokaler Ebene wird die unmittelbare Verbundenheit mit den Themen der Agenda 2030 deutlich.
- Es geht darum, die Prinzipien der Agenda 2030 zu leben, und nicht darum, die Ziele zwingend wortgetreu zu verfolgen.
- Kommunen können vorangehen, aber ein entsprechendes Bewusstsein auf nationaler Ebene bleibt wichtig.
- Für die übergeordnete Ebene ist es herausfordernd, wenn von „unten“ Anforderungen kommen.
- Die Kommunen sollten sich fragen, wo sie eine kritische Bedeutung haben (Bsp. Emissionen einer Großstadt).

Menschen im ländlichen Raum für Nachhaltigkeit gewinnen

Für die Menschen auf dem Land seien viele Nachhaltigkeitsthemen weit weg, erläuterte Thorsten Krüger, Bürgermeister von Geestland. Nur knapp fünf Prozent der Kommunen beschäftigten sich mit der Agenda 2030. Wir müssten uns und die Menschen vor Ort fragen, ob etwas unser Geld kostet – oder unsere Zukunft. Er empfahl, den eingängigen Begriff Enkeltauglichkeit statt Nachhaltigkeit zu verwenden. Zudem müsse den Menschen verdeutlicht werden, dass wir durch unsere Lebensweise vielen Menschen in anderen Weltregionen die Lebensgrundlage nehmen. Die Erde sei wie ein Ballon: wenn dieser an einer Stelle beschädigt wird, platzt der ganze Ballon.

Auch Kai Diederich, Bereichsleiter entwicklungspolitische Inlandsarbeit beim forum für internationale entwicklung + planung (finep), Esslingen, betonte, dass sich die Voraussetzungen, Menschen für Nachhaltigkeitsthemen zu gewinnen, auf dem Land anders darstellten als in der Stadt. Wenn sich fünf Prozent der Menschen für ein Thema engagierten, sei das in der Stadt bereits eine kritische Masse. Auf dem Land stelle sich das anders dar. Entscheidend sei es, an die vor Ort virulenten Themen anzudocken, wenn z.B. der öffentliche Verkehr reduziert werden soll. Auch sei es sinnvoll, existierende öffentliche Räume auf dem Land, z. B. Dorffeste, für Bildung für nachhaltige Entwicklung zu nutzen und dort mit der Bevölkerung

ins Gespräch zu kommen, etwa zum Thema Müllentsorgung.



Bonn Symposium 2018: Ahmed AbuLaban

Es gebe im ländlichen Raum auch viele positive Elemente, die entdeckt und weiterentwickelt werden müssten, betonte Elke Selke, Agenda 21 Koordinatorin im Landkreis Harz. Wichtig sei es, Ideen, die von den Menschen kommen, aufzunehmen und zu unterstützen. Als Beispiel nannte sie das Projekt des genossenschaftlichen Dorfladens in Dersheim, der das Dorf völlig verändert und die Menschen vor Ort zusammengebracht habe. Auch hier sei die ehrenamtliche Arbeit ein zentraler Baustein. Bürgermeister Krüger stimmte zu, dass auf dem Land kreatives Potenzial vorhanden ist, wenn die Menschen direkt betroffen sind. Anhand erlebbarer Probleme und konkreter Projekte könnten Zusammenhänge aufgezeigt werden; mit dem erhobenen Zeigefinger funktionieren das nicht.

Ergebnisse der Arbeitsgruppe E

„Nachhaltige Entwicklung auf dem Land in der Praxis“

- Vertrauensbildende Maßnahmen in der Zivilgesellschaft sind auf dem Land besonders wichtig; auch Verwaltungsmitarbeiter müssen motiviert werden.
- Notwendig sind eine bessere Vernetzung zwischen und neue Partnerschaften in den Kommunen.
- Ebenfalls wichtig sind klare Zuständigkeiten, z.B. in Form einer Koordinationsstelle/Stabsstelle.
- Statt Extra-Gremien zu bilden, sollten vorhandene Strukturen genutzt werden.
- Dörfer sollten sich untereinander vernetzen und regionale Netzwerke bilden.

Innovationen für einen dauerhaften Wandel

In der abschließenden Podiumsrunde empfahl Dr. Maja Göpel, Generalsekretärin des Wissenschaftlichen Beirates der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU), Berlin, die SDGs als wichtigen Kompass zu nehmen und nicht zu sehr an existierenden Strukturen festzuhalten. Manche Strukturen seien Teil des Problems, sie verhinderten den notwendigen Wandel; diese Strukturen sollten beseitigt werden. Andere könnten angepasst und geschickter genutzt werden. Die Frage sei, wer sich dafür engagiert, dass unsere Gesellschaften zu einem guten Platz werden. „Sind es jene Menschen, die die Regeln festsetzen?“, so ihre Frage. Und wie schaffen wir es, die Zahl von fünf Prozent engagierter Menschen zu erhöhen?

Ahmed AbuLaban, Stadtdirektor von Ramallah, betonte hingegen die Bedeutung starker und effektiver Strukturen für nachhaltige Städte. Deshalb sei Ziel 16 sein Lieblingsziel. Nur mit effektiven städtischen Strukturen seien die SDGs erreichbar. Diese Strukturen müssten allerdings dynamisch sein. Am Beispiel Ramallahs, das überregional als Modellstadt gilt, machte er deutlich, dass gerade unter schwierigen Bedingungen die Menschen besonders kreativ würden, um die Herausforderungen zu überwinden. Auch er betonte die Bedeutung partizipativer Strukturen in Planungsprozessen. Zudem müssten die



Bonn Symposium 2018: Dr. Maja Göpel

politische und die Verwaltungsebene sich gegenseitig unterstützen. Um Nachhaltigkeit in die städtischen Administrationen zu bringen, empfahl er eine übergeordnete städtische Agenda mit sektoralen Strategien und jährlichen Aktionsplänen zur konkreten Umsetzung.

Modernisierungsprojekt des 21. Jahrhunderts

Auf der lokalen Ebene sei es einfacher umzusteuern und Institutionen neu zu erfinden als auf der nationalen, ergänzte Göpel. Das nationale demokratische System Deutschlands beispielsweise sei komplett überfordert, die Transformation zu gestalten. Die Politiker/-innen seien nicht die innovativen Kräfte, obwohl es in ihrer Macht stünde, z.B. eine CO₂-Steuer einzuführen. Deshalb müssten partizipativ geeignete Rahmenbedingungen für kreative Ideen geschaffen werden

In der Diskussion wurde deutlich, dass innovative Strukturen eine neue Unternehmenskultur auch in den Kommunalverwaltungen erfordern. Diese sei nicht einfach von heute auf morgen umzusetzen und bedürfe der Kompromisse innerhalb der Institutionen. Wichtig sei es zu erläutern, warum sich Dinge verändern müssen und wie sie besser funktionieren können. Anstöße könnten auch in Form eines „heimlichen Zuflüsterns“ von Ideen gelingen, die dann von Verwaltungen als eigene Ideen weitertransportiert werden. Die Transformation zu Nachhaltigkeit müsse das Modernisierungsprojekt des 21. Jahrhunderts werden – mit dem Slogan „Niemanden zurücklassen“.

Ergebnisse der Arbeitsgruppe F

„Neue kommunale Strukturen für global nachhaltige Entwicklung“

- Es ist wichtig, außerhalb etablierter Strukturen wie z.B. Parteiensystemen zu denken und auch andere Formen der Interessenvertretung zu berücksichtigen.
- Positive Projekte und Beispiele sollten vervielfacht und ausgebaut werden.
- Benötigt werden gemeinsame Räume in der Gesellschaft; diese müssen geschaffen und verteidigt werden.
- Sektorale Trennungen in kommunalen Verwaltungen müssen aufgebrochen und horizontales Denken gestärkt werden.
- Zielorientiertes Denken ist wichtig; dabei geht es nicht darum, perfekt zu sein, sondern zu handeln.

sef: Publikationen zum Bonn Symposium 2018

sef: insight 12|2018

„It’s not a project, it’s
a way of life“

Interview mit Colisile Tfwala über
die Einbindung der Wirtschaft für
lokale nachhaltige Entwicklung



sef: insight 10|2018

„We have to create demand for
better governments“

Interview mit Namhla Mniki-
Mangaliso über die Stärkung der
Zivilgesellschaft in Afrika



sef: insight 11|2018

„We are the voice of young
people in urban sustainability“

Interview mit Nick Ngatia über
Nairobi Urban Creators



sef: insight 9|2018

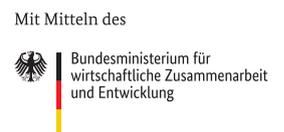
„A sustainable city needs
sustainable institutions“

Interview mit Ahmed AbuLaban
über Ramallah als regionales
Modell für Nachhaltigkeit



Alle Publikationen sind kostenlos abrufbar unter www.sef-bonn.org

Kooperationspartner



Mit Unterstützung von:



Gefördert durch:



Impressum

Die Stiftung Entwicklung und Frieden (sef) wurde 1986 auf Initiative von Willy Brandt gegründet. Als überparteiliche und gemeinnützige Stiftung bietet sie ein hochrangiges internationales Forum für das gemeinsame Nachdenken über drängende Fragen von Frieden und Entwicklung.

Die Berichte zu den Konferenzen und Veranstaltungen der SEF informieren in kompakter Form über die Diskussionen und Ergebnisse.

Herausgeberin
Stiftung Entwicklung und Frieden (sef):
Dechenstr. 2 : D-53115 Bonn
Tel. 0228 959 25-0 : Fax 0228 959 25-99
sef@sef-bonn.org : @sefbonn
www.sef-bonn.org

Redaktion
Dr. Mischa Hansel

Design Basiskonzept
Pitch Black Graphic Design
Berlin/Rotterdam

Gestaltung
Gerhard Süß-Jung

Die Inhalte geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeberin wieder.

© sef: 2019